

**Rede Marcos da Costa Melo (Vorstandsmitglied Kooperation Brasilien – KoBra) auf der Jahreshauptversammlung der ThyssenKrupp AG, 18. Januar 2012, Bochum.**

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT.

-----

Verehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

mein Name ist Marcos da Costa Melo und ich spreche hier im Namen eines Bündnisses aus Dachverband der kritischen Aktionäre, medico international, FDCL und KoBra – Kooperation Brasilien, das ist das Netzwerk der Brasilien-Solidaritätsgruppen in Deutschland.

**Wir stellen folgende Gegenanträge:**

**Zum Tagesordnungspunkt 2: Entlastung der Mitglieder des Vorstands**

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert.

Begründung: Der Vorstand von ThyssenKrupp hat gegen die Regeln verantwortungsvoller Unternehmensführung verstoßen, Kartellrechtsverstöße begangen sowie unverantwortliche Investitionen in Stahlwerke und in Rüstungsproduktion getätigt.

**Zum Tagesordnungspunkt 3: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats:**

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wird die Entlastung verweigert.

Begründung: Der Aufsichtsrat ist seiner Kontrollpflicht gegenüber dem Vorstand nicht gerecht geworden und somit mitverantwortlich für das die Umwelt verschmutzende Stahlwerk in Rio de Janeiro.

Herr Cromme und Herr Hiesinger, ich muss Ihren Ausführungen zum TKCSA-Stahlwerk in Rio de Janeiro etliche Informationen gegenüberstellen, die von Ihnen hier nicht erwähnt wurden:

**Das TKCSA-Stahlwerk, eröffnet 2010, verfügt noch immer nicht über die grundlegenden Genehmigungen der Behörden, so dass das Werk nach wie vor Gefahr läuft, geschlossen zu werden, was für ThyssenKrupp weitere Milliarden-Verluste bedeuten würde.**

Das TKCSA-Stahlwerk wurde zwar 2010 eröffnet, hat aber noch immer keine definitive Betriebsgenehmigung. Am 8. Januar 2013 hat die Munizipalregierung von Rio einen Betriebsstopp verhängt, da das Werk ohne zur Zeit gültige Betriebsgenehmigung operiert. Ich muß Ihnen anscheinend die Rechtslage erklären:

2006 hatte das Umweltamt von Rio die Niederlassungsgenehmigung mit einer Gültigkeit von drei Jahren erteilt, diese sollte dann durch die Betriebsgenehmigung abgelöst werden. 2009 hatte das Werk noch immer nicht diese Betriebsgenehmigung erhalten, so dass eine neue Niederlassungsgenehmigung erteilt wurde – diese ist auch nur vorläufig und auf drei Jahre beschränkt ist. Im Juni 2010 wurde der Betrieb aufgenommen – und bis heute hat das Werk keine Betriebsgenehmigung. Mehr noch: Die Niederlassungsgenehmigung ist mittlerweile abgelaufen! Anstelle einer gültigen Niederlassungs- oder gar Betriebsgenehmigung gibt es ein Hilfskonstrukt, einen bilateralen Vertrag (“Termo de Ajuste de Conduta - TAC”) zwischen dem Umweltamt und ThyssenKrupp, der bei einer Gültigkeit von zwei Jahren 134 Bestimmungen auflistet, die das Werk haargenau erfüllen muss. Erwähnung finden muss hierbei auch, dass dieser bilaterale Vertrag juristisch äußerst zweifelhaft ist und derzeit angefochten wird. Am 29. und 30. Oktober 2012 hat TKCSA diesen Vertrag nachweislich gebrochen, als es der Firma erneut nicht möglich war, den Ausbruch der Staubemissionen auf die Anwohner angemessen zu verhindern. Die Behörden in Rio verlieren ihre Geduld mit ThyssenKrupp. Umweltminister Carlos Minc sagte

"Meine Geduld ist am Ende. Es ist nicht das erste Mal, dass die Firma solchen Pfusch treibt. Jetzt haben sie die zweite gelbe Karte erhalten. Die

nächste ist der Platzverweis", erklärte Minc in klarer Anspielung auf eine drohende Schliessung des Werks.

TKCSA wurde erneut mit einer Strafe von 10,5 Millionen Reais belegt, da TKCSA nicht die vorgeschriebene Bewässerung der Schlacke in den Sammelbecken erfüllt hat: es war schlicht kein Tankwagen da. Das Stahlwerk wurde auch dazu verpflichtet, 4,5 Millionen Reais in Infrastrukturmaßnahmen zu investieren, um die Überflutung des Geländes São Fernando zu verhindern und TKCSA muss 15.000 Bäume in der Region pflanzen.

Herr Hiesinger: bestätigen Sie, dass diese "Investitionen" nicht freiwillig erfolgten, sondern dass die Umweltbehörde Ihrer Firma diese als Strafe auferlegt hat?

Hinzu kommt, dass das Stahlwerk am 8. Januar dieses Jahres von der Municipalregierung aufgefordert wurde, seinen Betrieb einzustellen, da die Firma keine aktuell gültige Genehmigung für das Werk vorzuweisen hatte, da die Firmenverantwortlichen es versäumt hatten, rechtzeitig die erforderlichen Unterlagen bei den Behörden einzureichen.

Ich frage Vorstand und Aufsichtsrat: Haben Sie über alle diese von mir beschriebenen Vorgänge Kenntnis? Wie schätzen Sie das Risiko ein, dem der Fortbestand des Werkes unterworfen ist?

**Der Staub des Stahlwerkes TKCSA kann schwerwiegende Konsequenzen für die Gesundheit der Anwohner haben, was weitere juristische Klagen und Entschädigungszahlungen zur Folge haben kann.**

Seit Betriebsbeginn erleiden die Fischer und Anwohner unzähligen Schaden durch das Stahlwerk. Bis heute hat ThyssenKrupp keine Entschädigungen gezahlt und keine Anstrengungen unternommen, die Schäden zu beseitigen, im Gegenteil: TKCSA ignoriert die Betroffenen. Die Fischergruppen führen neun Zivilsammelklagen vor den Gerichten in Rio gegen die Firma. Die Bundesstaatsanwaltschaft hat zwei Prozesse gegen das Werk am Laufen: Bei einer Verurteilung drohen 5 Firmenangehörigen gehörige Strafen wegen Umweltverbrechen. Die Bewohner von Santa Cruz

haben bei den Behörden über 238 Beschwerden vorgebracht, um entschädigt zu werden. All diese Prozesse laufen weiter.

Trotz aller Umweltstrafen und des Einbaus von Filtern geht die massive Staubbelastung weiter. Die Anwohner berichten von dauerhafter Staubbelastung durch das Werk. Am 29. und 30. Oktober sowie am 24. und 30. Dezember 2012 kam es zudem wieder zu dem gefürchteten sogenannten Silberstaubregen.

Seit 2010 verbreitet TKCSA Umwahrheiten über die Zusammensetzung der Staubpartikel. TK behauptet, es sei nicht giftig, sondern "nur Graphit". Das Umweltministerium zitiert aus einer Analyse der Universität PUC von Rio, dass der Staub neben Kohlenstoff und Eisen chemische Elemente beinhaltet, wie beispielsweise Zink (Zn), Silizium (Si), Natrium (Na), Mangan (Mg), Kalium (K), Calcium (Ca), Aluminium (Al) und andere Elemente wie Vanadium (V), Titan (Ti), Schwefel (S), Blei (Pb), Phosphor (P), Nickel (Ni), Magnesium (Mn), Kupfer (Cu), Chrom (Cr) und Cadmium (Cd). Der Bericht der Universität weist zudem darauf hin, dass die Partikel, kleiner als 10 Mikrometer, bei längerem Ausgesetztsein bei Betroffenen Asthma, Lungenkrebs, Herz-Kreislaufkrankungen, Geburtsfehler und frühzeitigen Tod hervorrufen können.

Erhebungen der Umweltbehörde haben einen Anstieg von Beschwerden der Anwohner konstatiert bei Atemwegserkrankungen (Asthma, Bronchitis, Lungenerkrankungen), Hauterkrankungen (Ekzeme, Dermatitis und Dermatosen), Augenkrankheiten (Konjunktivitis), Erschöpfung und Stress, Verschlimmerung von Bluthochdruck und Diabetes. Der genaue Zusammenhang wird durch eine zu erfolgende epidemiologische Studie erfolgen.

Haben Vorstand und Aufsichtsrat Kenntnis über die Prozesse und über die Gesundheitsprobleme der Anwohner? Was beabsichtigt der Konzern diesbezüglich zu unternehmen? Wir erbitten von Vorstand und Aufsichtsrat Auskunft über was von der Firma in Bezug auf die Anwohner und Fischer unternommen wurde. Hat TKCSA irgendwen entschädigt? Bitte genaue Daten, Namen, Ort und Umfang!

## **Der geplante Verkauf von TKCSA: Stehlen Sie sich nicht aus der Verantwortung!**

Am 28. September hat ThyssenKrupp die erste Angebote für TKCSA erhalten. Laut Presseberichten soll eine Entscheidung in der ersten Jahreshälfte fallen, als Kandidaten werden CSN und Ternium gehandelt. Ich frage Vorstand und Aufsichtsrat: welche Firmen Angebote abgegeben und in welcher Höhe?

Hinzu kommen folgende Fragen: Ist dem Vorstand bekannt, dass jeglicher Verkauf die Zustimmung des Partners Vale und der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES bedarf? Die BNDES hat ThyssenKrupp rund eine Milliarde US-Dollar Kredit für das Werk gegeben, so dass ThyssenKrupp für den Verkauf das Plazet der Bank braucht. Die BNDES darf die Bestimmungen des Verkaufsvertrages ändern, darf die vorzeitige Rückzahlung des Milliardenkredits verlangen, da das Werk nie eine der zentralen Bedingungen erfüllt hat: die definitive Betriebsgenehmigung zu haben. Ist dem Vorstand das bekannt und wenn ja, warum erzählen Sie den Aktionärinnen und Aktionären davon nichts?

Hinzu kommt, dass es in Brasilien eine Kampagne "STOPP TKCSA" gibt: diese fordert nicht nur das Verbot des Verkaufs, sondern die Enteignung des Werks durch den Staat, da das Werk die erforderlichen Genehmigungen für seinen Betrieb gar nicht hat.

Abschliessend frage ich Sie: Beabsichtigt ThyssenKrupp endlich, alle Vorschriften der brasilianischen Arbeitsgesetzgebung, alle sozialen und Umweltvorschriften einzuhalten und die entstandenen Schäden zu entschädigen?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.